

Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Integration von Migrant(innen) und Flüchtlingen beim Beirat Blumenthal
am Montag, dem 23. November 2015 um 18.30 Uhr
in der Aula des Schulzentrums Eggestedter Straße,
Eggestedter Str. 20, 28779 Bremen

Anwesende:

Ortsamt: Herr Nowack, Vorsitz
Frau Rohde, Protokoll

Ausschuss: Herr Bähr
Frau Dettmer
Frau Rhoden
Herr Runge
Herr Schwarz
Frau Thormeier
Frau Weidemann

Es fehlt: Herr Meyer, entschuldigt

Gäste: Kirsten Kreuzer, Referat 31 bei der Senatorin für Soziales,
Jugend, Frauen, Integration und Sport
Thomas Pörschke, Koordinierungsteam Flüchtlingsunterkünfte
bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und
Sport
Ute Reimers-Bruns, Co-Sprecherin der Willkommensinitiative
Blumenthal
Gerhard Schröder, Co-Sprecher der Willkommensinitiative
Blumenthal

Sonstige: Aufgrund Ausscheidens aus der Fraktion BIW und
Parteiwechsels und eines damit noch nicht geklärten Status in
den Ausschüssen nimmt Herr Balz im Publikum Platz.

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 21.24 Uhr

Tagesordnung:

1. (18.30 Uhr) Eröffnung und Begrüßung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (18.35 Uhr) Vorstellung der Willkommensinitiative Blumenthal
dazu: Ute Reimers-Bruns, Sprecherin
Gerhard Schröder, Sprecherin
3. (19.00 Uhr) Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtteil Blumenthal – aktuelle Situation
und Perspektiven
dazu: Kirsten Kreuzer, Referat 31 bei der Senatorin für Soziales, Jugend,
Frauen, Integration und Sport
Thomas Pörschke, Referat 10 bei der Senatorin für Soziales, Jugend,
Frauen, Integration und Sport
4. (20.30 Uhr) Anträge
5. (20.45 Uhr) Verschiedenes

Zu TOP 1: Eröffnung und Begrüßung; Genehmigung der Tagesordnung

Herr Nowack begrüßt die Anwesenden und lässt über die vorliegende Tagesordnung abstimmen.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2: Vorstellung der Willkommensinitiative Blumenthal

Frau Reimers-Bruns und Herr Schröder berichten über die Anfänge und die Entwicklung der Willkommensinitiative Blumenthal.

Die Initiative gründete sich Anfang 2015 aufgrund des geplanten Übergangwohnheimes in der Kapitän-Dallmann-Straße. Es gibt keinen hierarchischen Aufbau innerhalb der Initiative, für den organisatorischen Ablauf sind jedoch Frau Reimers-Bruns und Frau Bückmann als Sprecherinnen tätig, es gibt Kassierer und der Förderverein Bürgerstiftung Blumenthal e. V. hat sich bereit erklärt, Konten für Spendengelder zur Verfügung zu stellen. Damit kann gewährleistet werden, dass auch Spendenbescheinigungen ausgestellt werden können. Frau Bückmann ist zudem als Koordinatorin in der Flüchtlingshilfe für Bremen-Nord tätig.

Man habe sich anfangs vorbereiten wollen, mit verschiedenen Menschen aus verschiedenen Ländern zusammenarbeiten zu wollen, wurde dann aber von den Ereignissen überrollt. Die Einrichtung einer Notunterkunft in der Reepschläger Straße erforderte einen schnellen Aufbau der Hilfen vor Ort, die zusammen mit den Betreuern der Einrichtung gestaltet wurden. Die Zahl der ehrenamtlichen Helfer in der Initiative ist inzwischen von 30 auf 74 gestiegen und setzt sich zusammen aus Mitgliedern aller Schichten, Parteien und Religionen. Die Initiative organisiert verschiedene Projekte und Arbeitsgruppen, u. a. eine Kleiderkammer, Sprachkurse, Fahrradwerkstätten, Nähstube und andere. Die Sprachkurse finden inzwischen in einem Raum der Paul-Gerhard-Gemeinde statt. Die Projekte finanzieren sich hauptsächlich über Spenden.

Die Erfahrung zeigt bisher, dass es in der Notunterkunft oder bei der Nutzung „christlicher Räumlichkeiten“ keine religiösen Konflikte gibt. Auch anfängliche Animositäten zwischen verschiedenen Volksgruppen haben sich im persönlichen Umgang schnell relativiert.

Auf Nachfrage wird erklärt, dass viele Projekte davon leben, dass die Bewohner mithelfen und sich einbringen, was diese gerne tun, um dadurch auch ihre Dankbarkeit für die empfangene Hilfe auszudrücken.

Da es aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Einblicke in die Verweildauer der Menschen gibt, ist es für die Helfer manchmal problematisch, wenn aufgebaute Beziehungen wieder gelöst werden. Nicht nur deswegen wird weitere Unterstützung (auch für die Unterkunft in der Kreinsloger) gesucht, wobei es auch möglich ist, sich nur für bestimmte Projekte oder bestimmte Zeiten zu engagieren. Dabei sei nicht Geld das Wichtigste, es sei vielmehr „Manpower“ gefragt.

Die Initiative trifft sich einmal im Monat. Das nächste Treffen ist für den 25.11.2015, 18.00 Uhr in der Reepschläger Straße (das rechte Gebäude hinter der Turnhalle) geplant.

Weitere Informationen findet man auf den Internetseiten des Ortesamtes Blumenthal und der Initiative „Gemeinsam in Bremen“.

Zu TOP 3: Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtteil Blumenthal – aktuelle Situation und Perspektiven

Herr Pörschke berichtet über die aktuelle Unterbringungssituation von minderjährigen ausländischen Personen (UmA), bei denen es sich nicht nur um Flüchtlinge handelt, sondern auch um Minderjährige, die auch aus anderen Gründen alleine in Deutschland eintreffen.

Das Jugendschutzrecht verpflichtet zur Aufnahme schutzbedürftiger Minderjähriger.

Gegenwärtig kommt das Gros der UmA aus Afghanistan (ca. 80 %) und aus Syrien und anderen Kriegsgebieten (ca. 10 %). Der Rest verteilt sich auf andere Staaten. Seit dem 01.11.2015 gibt es das rechtliche Instrumentarium, die UmA nach einem Schlüssel auf das gesamte Bundesgebiet zu verteilen. Bis dahin nahm Bremen 4 bis 5mal so viel UmA auf wie andere Bundesländer.

Zurzeit gibt es 2127 „Altfälle“ in Bremen, seit November beträgt die Quote der aufzunehmenden UmA für Bremen 1,04 % (Im Vergleich dazu nimmt Niedersachsen 10,16 % auf).

Bei den meisten UmA handelt es sich um hochmotivierte, bildungshungrige junge Menschen, die so schnell wie möglich Deutsch lernen wollen.

Mit der Unterbringung der UmA in der Keg-Pension wurden so gute Erfahrungen gemacht, dass die zeitlich begrenzte Offerte der Pension inzwischen zu einem Dauerangebot geworden ist.

Bei der Unterbringung wird unterschieden nach offensichtlich Minderjährigen, offensichtlich Erwachsenen und den Menschen, bei denen die Alterseinschätzung unsicher ist. Eine exakte Altersbestimmung ist in der Regel nicht möglich, wenn keine Papiere vorhanden sind, es wird dann nach einer Einschätzung ein fiktives Geburtsdatum gesetzt, gegen das allerdings gerichtlich vorgegangen werden kann. Bei dem Umverteilverfahren der Unterbringung ist grundsätzlich das Kindeswohl zu beachten, ebenso sind familiäre Beziehungen schutzbedürftig und zu berücksichtigen.

Aus der Zeit vor November 2015 schiebt das Land noch eine „Bugwelle“ nicht erfasster Personen vor sich her, weswegen weitere, winterfeste Notunterkünfte notwendig sind.

Obdachlosigkeit von Menschen soll auf jeden Fall vermieden werden.

Zurzeit wird die Turnhalle der Oberschule an den Sandwehen für die Unterbringung von ca. 100 Personen vorbereitet, d. h., der Boden dort wird komplett ausgelegt und Trennwände werden errichtet. Der zuständige Betreuungsverband wird noch festgelegt. Zeitgleich wird mit Hochdruck an einer Ersatzlösung gearbeitet, um die Schulsporthalle so schnell wie möglich wieder verlassen zu können. Ein mögliches Ergebnis wird schnellstens bekannt gegeben, aus den laufenden Verhandlungen jedoch nicht berichtet.

Im Folgenden ist es dann notwendig, Unterkünfte für die reguläre Unterbringung zu finden.

Momentan wohnen in der Keg-Pension 10 junge Menschen, im Hotel Klüverbaum sind 35 bis 40 Plätze belegt, in der Rekumer Str. 12 sind 8 Plätze belegt und im Sattelhof sind für Mitte nächsten Jahres 10 Plätze geplant. Dabei handelt es sich bei den Einrichtungen in der Rekumer Str. 12 und im Sattelhof um sonderpädagogische Maßnahmen, bei denen der Grund der Unterbringung nicht der Flüchtlingsstatus ist.

In der folgenden Diskussion macht Herr Pörschke auf Nachfragen der Ausschussmitglieder deutlich, dass im Ortsamtsbereich Blumenthal bisher im Turnhallenbereich nur die Halle in der Reepschläger Straße belegt war. Dort gab es mit dem Sport eine Vereinbarung für eine gewisse Zeit. Nach Ablauf dieser Zeit wurde die Halle geräumt, es kam aber das Angebot vom Sport, die Halle weiter zu nutzen, was gerne angenommen wurde.

Für die Aufnahme von UmA wird nach dem rechtlichen Status seit November 2015 eine erhebliche Veränderung in der aufzunehmenden Menge erwartet. Die Nutzung leerstehender öffentlicher Gebäude unterliegt einigen Auflagen und Änderungen in Verfahrensweisen, dazu gehören das Baurecht und die Brandschutzbestimmungen, weswegen nicht jedes öffentliche Gebäude sofort umrüstbar ist. Zudem werden lieber größere Einheiten genutzt, da diese mit erheblich weniger Personal betrieben werden können. Für die ehemalige Tennishalle wären sehr umfangreiche Investitionen nötig. Auch bei Angeboten von Kirchen und islamischen Gemeinden, die alle geprüft und abgearbeitet werden, ist in der Regel eine Nutzungsänderung zu beantragen.

Die Anforderungen und gesetzlichen Auflagen sind für gemeinnützige Träger und wirtschaftliche Unternehmen wie der Akademie Kannenberg gleich. Bisher werden alle Kriterien erfüllt.

Die „Altfälle“ der UmA werden nicht umverteilt, sondern bleiben in Bremen. Jedoch wird der Überschuss für 18 Monate angerechnet. Ein Aufnahmestopp würde gegen das Gesetz verstoßen.

Die Unterbringung in Schulsporthallen ist der Not geschuldet und immer das letzte Mittel. Jedoch werden lieber die Hallen übergangsweise genutzt, als die Menschen obdachlos zu machen. Zelte sind nicht vollständig winterfest.

In Bremen gibt es eine Schulpflicht ab dem Moment, in dem eine Person ordentlich gemeldet ist. Die Notstandorte sind gegenwärtig noch ausgenommen. Man ist im Gespräch mit dem Bildungsressort, um in den Notunterkünften geeignete Maßnahmen treffen zu können. Als beste Kriminalprävention hat sich eine feste Tagesstruktur für die UmA erwiesen, weswegen viele Forderungen Schritt für Schritt erfüllt werden.

Eine Selbstgefährdung der ehrenamtlichen Helfer durch Überforderung oder Burn-Out wird von den anwesenden Helfern nicht gesehen. Eine Beschulung der UmA ist unabdingbar, um die Menschen nicht abzukoppeln, jedoch sind für die ausländischen Kinder zunächst Vorklassen und Vorkurse vorgesehen.

Im Bereich der Registrierung der Menschen gibt es noch einen Rückstau, dieser enthebt das Land aber nicht der Registrierungspflicht. Mehr Unterstützung in dem Bereich ist erforderlich. Ein Aufbau von Zelten in leerstehenden Hallen und anderen umbauten Räumen wird geprüft.

Frau Kreuzer ergänzt Herrn Pörschkes Ausführungen zur Unterbringung für den Bereich der erwachsenen Flüchtlinge. Danach beläuft sich die Gesamtaufnahme nach dem EASY Verwaltungsverfahren für Asylbewerber/innen in Bremen auf 2.233 Personen im Jahr 2014. Bis zum 31.10.2015 wurden weitere 7.135 Personen aufgenommen. Prognostiziert wird eine Aufnahme von 11.000 Personen für das Jahr 2015. Die Verteilung erfolgt nach dem Königssteiner Schlüssel. Bremen nimmt 0,96 % aller Flüchtlinge auf, davon verteilen sich 80 % auf Bremen und 20 % auf Bremerhaven. Eine Übersicht über bestehende und geplante Unterkünfte in den Stadtteilen ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Bestehende Unterkünfte in Blumenthal sind zurzeit der Zeltstandort auf dem BreNor-Gelände mit 250 Plätzen sowie an der Reepschläger Straße mit 85 Plätzen und dort belegter Turnhalle mit weiteren 50 Plätzen. In Planung sind Unterkünfte an der Kreinsloger 87 (70 Plätze Übergangwohnheim), an der Kapitän-Dallmann-Str. (120 Plätze mit evtl. Erweiterung durch Supermarkt) und eine Ablösung des Zeltes durch die Errichtung von Häusern in Holzrahmenbauweise an der Ermlandstraße. Insgesamt sollen in der Ermlandstraße Plätze für ca. 250 Personen in Form eines Übergangwohnheimes entstehen. Die Nutzung soll über 10 Jahre erfolgen und im März 2016 beginnen. Geplant ist die Unterbringung in Appartements bei gleichzeitigem Betreuungsangebot für Kinder und Sprachkursangeboten. Garantien für die Auflösung des Zeltstandortes können in diesen Zeiten nicht gegeben werden.

Schwierigkeiten gibt es zurzeit bei dem Projekt in der Kapitän-Dallmann-Straße, da dort der Eigentümer gewechselt hat und über den bestehenden Mietvertrag noch Verhandlungsbedarf besteht.

Eine Auflistung der Bewohner in den Notunterkünften nach Geschlecht ist aufgrund der sich täglich ändernden Anwesenheit der Personen nicht möglich. Für die Übergangwohnheime gibt es Statistiken, die nachgereicht werden können. Für das kommende Jahr ist ein „Bewohner-Chipkarten-Management“ angedacht.

Auf Nachfrage erklärt Herr Pörschke, dass „Platz schaffen durch Abschiebung, um die eigenen Obdachlosen unterzubringen“ zum Einen nicht Aufgabe der Sozialbehörde sei und es sich zum Anderen um ein rechtsstaatliches Verfahren handele. Sicher bestehe Einigkeit darüber, dass die Asylverfahren beschleunigt werden müssten, dies jedoch ohne die Rechtsstaatlichkeit aufzugeben. Er warnt davor, den sozialen Frieden durch solch ein gegeneinander-ausspielen zu gefährden.

Herr Bähr als ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagierte Person appelliert an diejenigen, die eine Überforderung der ehrenamtlichen Helfer befürchten, sich selber mit einzubringen.

Zu TOP 4: Anträge

Es liegt ein Dringlichkeits-Antrag der SPD-Fraktion vor („Kürzungen im WIN-Budget erschweren Integration“).

Über die Dringlichkeit wird abgestimmt.

Ergebnis: 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Die Dringlichkeit ist damit gegeben.

Herr Schwarz erklärt, dass im Vorfeld der Sitzung beschlossen wurde, aus dem Antrag einen gemeinsam von SPD und CDU eingebrachten Antrag zu machen. Die CDU-Fraktion habe zum Thema ebenfalls bereits einen Antrag für die nächste Beiratssitzung gestellt, der mit dem gemeinsamen Antrag hinfällig werde.

Herr Runge erklärt, die Fraktion der BIW halten die Wortwahl des Antrags für nicht zustimmbar, sehe aber die Erhaltung des WIN-Budgets als wichtig an. Er werde sich deshalb enthalten.

Über den Antrag wird abgestimmt.

Ergebnis: 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Der Antrag ist damit angenommen.

Zu TOP 5: Verschiedenes

Keine

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21.24 Uhr

gez. Nowack
Ortsamtsleiter

gez. Schwarz
Ausschusssprecher

gez. Rohde
Protokoll

Bestehende und geplante Unterkünfte

Stadtteil	Plätze	Einwohner	Anteil
Obervieland	687	35.726	1,92%
Blumenthal	563	30.690	2,65%
Gröpelingen	1.170	36.042	3,36%
Hemelingen	1.032	42.415	2,83%
Huchting	703	29.411	2,39%
Mitte	1.203	17.809	6,76%
Neustadt	1.249	44.437	3,37%
Osterholz	1.135	37.587	3,42%
Östl. Vorstadt	120	29.819	0,40%
Vahr	345	26.822	1,29%
Veogesack	1.284	32.998	4,25%
Walle	1.286	28.276	4,55%

Bestehende und geplante Unterkünfte

Stadtteil	Plätze	Einwohner	Anteil
Horn-Lehe	730	25.636	2,85%
Oberneuland	680	12.871	5,56%
Findorff	141	25.542	0,55%
Burg-Lesum	658	32.559	2,02%
Schwachhausen	314	38.368	0,82%
Borgfeld	130	9.047	1,44%
Woltmershausen	790	13.754	5,74%
Blockland	0	398	0,00%